

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Bruno Friedrich MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, betrachtet den Ausgang des polnischen Parteitages als neue Chance für die Entspannung zwischen Ost und West.

Seite 1/2

Dr. Jürgen Böddrich MdL, stellv. Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, sieht die Freiheit des Denkens in Bayern untergraben. Seite 3/4

Dr. Klaus Kübler MdB, stellv. Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, kritisiert den Umgang der Opposition mit dem Instrument des Untersuchungsausschusses.

Seite 5

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion, plädiert für eine attraktivere Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 135

21. Juli 1981

Der Westen muß Polen helfen

Das neue Polen kann nur im Klima der Entspannung existieren

Von Bruno Friedrich MdEP
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Der Westen sollte sich bereit erklären, Polen wirtschaftlich zu helfen, auch wenn noch niemand abzuschätzen vermag, was der Ausklang des Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei historisch für die Polen, für Europa und für die Entwicklung des Kommunismus bedeuten wird. Aber wenn in den letzten Monaten gültig war, was westliche Staatsmänner immer wieder betont haben, daß eine militärische Intervention in Polen den Entspannungsprozeß beenden werde, dann stehen die gleichen Staatsmänner des Westens vor der Frage, ob sie die Entwicklung in Polen nach dem Parteitag und die Tatsache der Nichtintervention als Chance nutzen wollen, die gefährdete Entspannungspolitik zu retten. Wer für den Fall einer Intervention das Ende der Entspannung prognostiziert hat, der muß jetzt auch die entgegengesetzte Fragestellung akzeptieren: Dient die gegenwärtige Entwicklung Polens der Entspannung in Europa und der Entkrampfung zwischen den Supermächten?

Der Westen hat sich bei seiner Forderung nach Nichteinmischung auf die Schlußakte von Helsinki berufen, die auch für die Beziehungen zwischen den Staaten Osteuropas eine neue Lage geschaffen habe. Die ausgebliebene Intervention in Polen, die Respektierung des in der Schlußakte von Helsinki postulierten Prinzips der Souveränität und der Nichteinmischung bringt nun für den Westen die Verpflichtung zu prüfen, ob der Entspannungsprozeß insgesamt durch die polnische Entwicklung eine Chance der Erneuerung erhalten hat. In der Tat, diese Antwort kann gegeben werden: Der Ausgang des polnischen Parteitages gibt der Entspannung zwischen Ost und West eine neue Chance.



Der polnische Parteitag hat vor einem Jahr noch Unvorstellbares, ja für viele bis dahin Undenkbares denkbar gemacht: eine unabhängige Gewerkschaft, eine selbstbewußte, die Gesellschaft prägende katholische Kirche und eine bis 1980 allein regierende kommunistische Partei haben eine Systemanpassung vollzogen, um in einem Klima der öffentlichen Meinungsfreiheit nicht nur nebeneinander, sondern miteinander die Bedingungen der künftigen nationalen Existenz Polens zu garantieren.

Polen ist damit noch nicht über dem Berg; denn die wirtschaftliche Krise, die diesen bis 1980 unvorstellbaren Prozeß der inneren Reformen Polens ausgelöst hat, ist noch nicht überwunden.

Jeder verantwortlich denkende Politiker auch des Westens muß dem polnischen Volk wünschen, daß der eingeschlagene Weg die Chance des Erfolgs erhält. Die Erfüllung dieser Chance ist allerdings an zwei Bedingungen gebunden:

1. Polen muß die Möglichkeit erhalten, sich politisch und wirtschaftlich zu konsolidieren. Der Westen sollte sich an dieser Konsolidierung durch wirtschaftliche Hilfe beteiligen und dabei, wie bisher, das Prinzip der Nichteinmischung streng beachten. Die Europäische Gemeinschaft sollte rasch, großzügig und unbürokratisch noch im Sommer 1981 mithelfen, die schlimmsten Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung Polens zu überwinden.
2. Das neue Polen kann nur im Klima der Entspannung existieren und nur in einem Klima der Entspannung seine inneren Reformen durchführen. Insoweit besteht ein Zusammenhang zwischen dem Bemühen, die außer Kontrolle geratene Aufrüstung zu stoppen, was nur gelingt, wenn der Osten und der Westen, beide gleichzeitig, das Prinzip des annähernden Gleichgewichts akzeptieren und, was entscheidend ist, auch einhalten.

Der Westen sollte der Versuchung widerstehen, das polnische Volk in der gegenwärtigen Krise der Ost-West-Beziehungen als ein Objekt des ideologischen Kampfes zu benutzen. An Versuchen dazu wird es, im Osten und im Westen, nicht fehlen. Wer bisher eine systemimmanente Evolution kommunistischer Systeme für unmöglich gehalten hat - ich meine die Propheten des Schwarz und Weiß, des Rot oder Tod, des Alles oder Nichts - wird seine Bereitschaft zum Zweifel vermutlich höher einstufen, als die Bereitschaft zur Hilfe für das polnische Volk. Es wäre schlimm, würde der Frontkämpferpunkt des ideologischen Krieges die Politik des Westens gegenüber Polen beeinflussen. Wer dies zuläßt, legt die Polen zwischen Hammer und Amboß, wobei es für die Polen bedeutungslos wäre, würde der Westen nur den Amboß liefern. Das neue Polen verdient eine Chance. Der Westen sollte durch wirtschaftliche Hilfe beitragen, daß Polen seine Chance nutzen kann.
(-/21.7.1981/ks/hgs)

+ + +



Der Schnüffelminister

In Bayern wird die Freiheit des Denkens untergraben

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Bayern

Die Versuche des bayerischen Kultusministeriums, die Schüler zu indoktrinieren und ihnen Meinungen von oben zu verordnen, nehmen immer unerträglichere Formen an. "Stoppt Strauß"-Plaketten sind verboten, "Atomkraft - Nein Danke"-Wapperl sind verboten, die Diskussion in den Schulen über die Nürnberger Massenverhaftungen wird untersagt, dafür wird von Abiturienten ein Glaubensbekenntnis zur Aufrüstung verlangt (der Aufgabentext für Sozialkunde der diesjährigen Abiturprüfung enthält ein Plädoyer für das "moderne Verteidigungs- beziehungsweise Abschreckungsverständnis", das Abiturienten, die anderer Meinung sind, in Konflikte bringen muß), und nun als weiterer Höhepunkt die sogenannte Schnüffelaktion, die durch ein Schreiben der Regierung von Mittelfranken an die Schulen bekannt wurde.

In diesem Schreiben vom 26. Mai 1981 ersucht die Regierung die Schulleiter um telefonische Meldung über "Aktivitäten" zum Thema Frieden und Abrüstung, die in einer 49 Positionen umfassenden Liste aufgeführt sind. Es heißt darin nicht etwa, es sollten lediglich Aktivitäten an den Schulen gemeldet werden - es wird schlechthin um Meldung gebeten. Schon aus diesem Grund ist die inzwischen abgegebene Erklärung der Regierung von Mittelfranken völlig unzureichend. Weiterhin mag es zwar zutreffen, daß die Liste vom "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" erstellt und vom Kultusministerium lediglich über die Regierungen an die Schulen vermittelt wurde, dies ändert aber nichts daran, daß die Schulen bezüglich der angeführten Aktivitäten herumschnüffeln und Meldung erstatten sollen (untenstehend die Liste).

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion fordert Kultusminister Maier nachdrücklich auf, dem Landtag einen umfassenden Bericht über diese Schnüffelaktion zu erstatten. Es ist an der Zeit, Alarm zu schlagen. Das bayerische Kultusministerium ist drauf und dran, aus den Schulen in unserem Land Stätten zu machen, an denen junge Menschen nicht zu freiem Denken erzogen, sondern zu bespitzelten Untertanen gemacht werden.

D O K U M E N T A T I O N

Liste der "Aktionsideen", vor denen die Regierung von Mittelfranken warnte und bei "Aktivitäten" zur Meldung aufforderte:

- Abstimmungen in Schulen und Betrieben, auf Veranstaltungen etc. über den Krefelder Appell an die Bundesregierung gegen Atomraketen,
- Ausschüsse zur Organisation der Unterschriftensammlung in Schulen, Betrieben, Jugendringen, Verbänden etc. schaffen,
- Eigene Unterschriftensammlungen mit eigenständigen Begründungen unter dem Appell an die Bundesregierung gegen die Atomraketen,
- Raketen zersägen,
- Aktionen mit Raketen durch die Innenstadt ("Untragbare Raketen"),
- Friedensbäume und Friedensparks pflanzen,
- Örtliche Aktionen gegen Raketenstützpunkte,
- Friedenswochen in den Städten,
- Glockenläuten der Kirchen für den Frieden,
- Gottesdienste, Gebets- und Bibelstunden zum Frieden,
- Theater- und Kulturprojekte zum Thema Frieden,
- Ausstellungen,

- Wettbewerbe, zum Beispiel für Plakat, Gedicht, Erzählungen unter Umständen in Zusammenarbeit mit Kultusministerium oder Schulen oder Jugendzentren,
- Filmveranstaltungen,
- Seminare,
- Info-Tafeln, Stellwände, zum Beispiel zur Rüstungsproduktion der wichtigsten örtlichen Betriebe, zum Rüstungsexport,
- Gemeinsame Aktionen mit demokratischen Soldaten beziehungsweise vor Kasernen,
- Mahnwachen, Aktionen anlässlich des 8. Mai oder örtlicher Ereignisse (zum Beispiel besonders schwere Bombardierungen und so weiter im Zweiten Weltkrieg),
- Umfragen, Befragungen,
- Initiativen für "Friedensunterricht" in den Schulen, zum Beispiel mit GEW zusammen. Unterrichtsmaterial erstellen...
- Aktionen anlässlich der Tage der Offenen Tür in Kasernen,
- Aktivitäten gegen verstärktes Auftreten von Bundeswehr-Offizieren in den Schulen,
- Friedensfahrten, Friedensfeste
- Friedenscamps (Idee: Sommerlager zum Beispiel in der Carlstedter Heide, Aufbau eines Friedensdorfes, Sommerfriedensuniversität,
- Aktionen zum Berufsverbotefall wegen Tragens der Friedenstaube,
- Fahrraddemonstrationen,
- Osterspaziergänge zu örtlichen Stationierungspunkten,
- Friedensstaffetten durch Stadtteile, mehrere Städte, Bundesländer,
- Infostände,
- Friedensmarkt,
- Osterfeuer,
- Aktionen gegen "Kriegerdenkmäler",
- Straßentheater,
- Autokorso,
- Fußgängerdemonstrationen,
- Mahnmal gegen Krieg und Atomtod selber bauen,
- "Menschenteppich": Auf ein Signal legen sich 10-50-100 Menschen für einen bestimmten Zeitraum hin, zum Beispiel auf belebte Straßenkreuzung, um so gegen Atomkrieg, Massenvernichtungswaffen zu protestieren,
- Wurfstand mit Blechbüchsen,
- Meinungsumfragen zur Stationierung der Atomraketen,
- Multi-Media-Show bei Veranstaltungen,
- Straßen- und Platzumbenennungen
- Lichter-Mahnung: auf Teich oder ruhigem Fluß symbolisch Kerzenlichter schwimmen lassen und anzünden (Mahnung an die Opfer von Hiroshima, an die Atom- und Kriegstoten),
- Rock gegen Atomraketen,
- Quizveranstaltung,
- Friedensfeste mit den Titeln: Panzerknackfete oder Anti-Atomraketen-Fest,
- Straßenbahnen anmieten,
- örtliche Foren der verschiedenen Friedenskräfte,
- örtliche Aufrufe für "Krefelder Appell", gemeinsame Aufrufe der unterschiedlichen Initiativen.

Untersuchungsausschüsse "à la carte"

Welchen Honig will die Opposition aus dem Fall Rauschenbach saugen?

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Stellvertretender Obmann im Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Laut Pressemitteilungen wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Anbetracht der Vorgänge um die Rückkehr des kurzfristig in die Bundesrepublik Übergewechselten DDR-Oberstleutnants Rauschenbach das Einsetzen eines Untersuchungsausschusses beantragen. Rauschenbach war, wie berichtet wurde, nach einem Gespräch mit seiner Frau und einem Vertreter der DDR kurzfristig wieder in die DDR zurückgekehrt.

Der Sachverhalt ist offen und klar. Die Opposition ist in einer von ihr verlangten Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission nicht nur ausführlich von allen damit befaßten Verantwortlichen im Bereich der Bundesregierung über diesen Vorgang informiert worden, sondern es ist auch nicht eine einzige Frage, die gestellt wurde, unbeantwortet geblieben. Den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission und den Vertretern der Opposition ist keine Information vorenthalten worden.

Für uns ist der Sachverhalt so, daß Rauschenbach unter dem Eindruck der persönlichen Gespräche zurückgekehrt ist. Dagegen können wir nichts machen, dagegen wollen wir aber doch wohl auch nichts machen. Ob uns dabei militärische oder sonstige Geheimnisse knapp verloren gegangen sind, kann kein ausreichender Grund dafür sein, die rasche Rückkehr zu bedauern oder gar zu versuchen, sie etwas hinauszuzögern. Schließlich leben wir in einem Rechtsstaat, der auch für Überläufer gilt, und wenigstens bei uns kann sich jeder (sicher nicht so in der DDR) zur Rückkehr entscheiden, auch wenn dabei vielleicht die eigene Frau etwas nachgeholfen hat. Die CDU/CSU will sich sicher nicht dem Verdacht aussetzen, hier Staatsinteressen vor und zu Lasten von persönlichen Notlagen zu setzen.

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für diesen persönlichen Vorgang zu beantragen, läßt den Verdacht aufkommen, das Instrument des Untersuchungsausschusses zu mißbrauchen. Das erkennbar persönliche Verhalten eines DDR-Offiziers ist kein Vorgang für eine Untersuchung durch einen Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages. Bei der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen sind die notwendigen Relationen zu wahren. Wenn die Opposition das wichtige Instrument des Untersuchungsausschusses als wirksame parlamentarische Waffe wirklich erhalten will, müssen Untersuchungsausschüsse auf gewichtige allgemein politisch relevante Sachverhalte begrenzt bleiben, wo die Vermutung eines politischen Fehlverhaltens einer Organisation der Bundesregierung im Raum steht und dieses nicht durch andere vorgeschaltete parlamentarische Möglichkeiten geklärt werden kann.

Bei diesem Fall ist nicht nur eine ausreichende Klärung in der Parlamentarischen Kontrollkommission erfolgt, sondern der Fall ist - so, wie er sich entwickelt hat - eine persönliche Situation und kein allgemein politisch relevanter Sachverhalt.

Es ist hohe Zeit, daß der Deutsche Bundestag Regeln für den Einsatz von Untersuchungsausschüssen festlegt. Sie dürfen nicht, quasi à la carte, von der Opposition bestellt werden, wenn dies ihr taktisch-politisch günstig erscheint. (-/21.7.1981/vo-he/hgs)

+

+

+



Öffentlicher Personennahverkehr

Schwerpunkt der Verkehrspolitik in der 9. Legislaturperiode

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Der öffentliche Personennahverkehr erfüllt eine wichtige gemeinwirtschaftliche Aufgabe, ohne die eine befriedigende Verkehrsbedienung im Personennahverkehr - auch im ländlichen Raum - nicht möglich ist. Deshalb muß die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auch künftig verstärkt fortgeführt und der weitere Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs eine Aufgabe höchster Dringlichkeit bleiben. Notwendig ist es daher, daß der Bund seine Investitionshilfen beibehält, aber gleichzeitig von den Ländern und Gemeinden ein erhöhtes Engagement erbracht wird.

Eine attraktive Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, die einerseits die Notwendigkeiten der Daseinsvorsorge erfüllt, andererseits der angespannten finanziellen Situation der Nahverkehrsbetriebe gerecht wird, ist nur möglich, wenn Länder, Kreise und Gemeinden ihre Leistungen für den öffentlichen Personennahverkehr verstärken. Die Leistungen des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere für den Schienenpersonennahverkehr sind beträchtlich.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im öffentlichen Personennahverkehr - insbesondere im Schienenpersonennahverkehr - müssen die Träger in die Lage versetzt werden, das wirtschaftlichere Verkehrsmittel einzusetzen, wenn die Verkehrsbedienung in ihrer Qualität erhalten bleibt. Der Bahn muß grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet bleiben, Schienenpersonenverkehr dann auf die Straße zu verlagern, wenn auch gesamtwirtschaftliche, insbesondere energiewirtschaftliche Gründe eine Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs nicht mehr rechtfertigen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, Initiativen zu starten, die den künftigen Anforderungen an den öffentlichen Personennahverkehr gerecht werden. Dazu zählen

- eine Verstärkung der Investitionsmittel für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs - insbesondere im ländlichen Raum -, wobei neben der Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel eine dauernde Verstärkung der Investitionsmittel für Vorhaben nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz vorzusehen ist,
- eine Änderung des Verkehrsfinanzgesetzes 1971 sowie des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden mit dem Ziel, den Katalog der förderungsfähigen Vorhaben zu erweitern, um mehr Investitionen zur Verbesserung des ÖPNV außerhalb der Verdichtungsräume zu fördern,
- eine Änderung des Personenbeförderungsgesetzes mit dem Ziel, die Verkehrsbedienung insbesondere in der Fläche durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Verkehrsträger zu verbessern. Dabei sollen die Erfahrungen der laufenden Modellversuche Eingang finden.

Diese Punkte sollten Eingang finden in die Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, die der Bundesverkehrsminister für den Herbst dieses Jahres angekündigt hat.

(-/21.7.1981/vo-he/hgs)

+

+

+

